

# ParlamentarierInnen im Nord-Süd Dialog



## Inhalt

No. 9 / Oktober 2008

- 1 Zwei Jahre Parlamentarischer Nord-Süd Dialog – ein Resümee
- 4 Der Dialog geht weiter!
- 5 HIV/AIDS – Kinder und Jugendliche im Brennpunkt
- 6 Follow-up der *Paris Declaration* – Parlamente fordern mehr Mitsprache
- 8 AWEPA – *Parliamentary Forum on Sustainable Development and Aid Effectiveness*

Im Zuge eines AWEPA Seminars im September 2008 übergibt NR a. D. Inge Jäger vom Parlamentarischen Nord-Süd Dialog die erste Ausgabe des Informationsbulletins für die mosambikanischen Abgeordneten an die Vorsitzende des Frauenausschusses im mosambikanischen Parlament Margarida Talapa  
Foto: AWEPA

### Zwei Jahre Parlamentarischer Nord-Süd Dialog – ein Resümee

Im Mai 2006 startete das von der österreichischen Entwicklungsagentur ADA (Austrian Development Agency) geförderte Projekt „Parlamentarischer Nord-Süd Dialog“ mit den zentralen Zielsetzungen der **Förderung entwicklungspolitischer Themen im österreichischen Parlament, des Aufbaus einer parlamentarischen Partnerschaft und Kooperation zwischen dem österreichischen und dem mosambikanischen Parlament, sowie der Stärkung der**

### AWEPA-Sektion (Association of European Parliamentarians for Africa) im österreichischen Parlament.

Unterstützt wurde das Projekt von den PräsidentInnen des Nationalrates, den entwicklungspolitischen SprecherInnen aller Parteien und dem Parlamentsdirektor. Einem Beirat, bestehend aus diesen RepräsentantInnen bzw. deren StellvertreterInnen, VertreterInnen der politischen Akademien und den Projektmitarbeiterinnen oblag das strategische Management des Projekts. Die operative Umsetzung erfolgte durch ein dreiköpfiges

## Editorial



### Sehr geehrte Frau Abgeordnete, sehr geehrter Herr Abgeordneter,

es war nicht absehbar, dass der Beginn der zweiten Phase des Projektes „Parlamentarischer Nord Süd Dialog“ zeitgleich mit Nationalratswahlen zusammen fallen würde. Aber so sind eben die Spielregeln in unserer Demokratie. Im neu gewählten Nationalrat hoffen wir, viele neue Abgeordnete gewinnen zu können, die Mitglied bei AWEPA (European Parliamentarians for Africa) werden und das Partnerschaftsprojekt mit dem Parlament in Mosambik aktiv unterstützen.

Ende August konnte ich an einer von AWEPA und der Afrikanischen Union organisierten Konferenz in Nairobi teilnehmen (siehe Artikel). In Kenia fanden im Dezember 2007 Parlamentswahlen statt, deren Ausgang schwere Auseinandersetzungen und bürgerkriegsähnliche Unruhen hervorrief. Durch internationale Vermittlung (auch AWEPA führte auf Parlamentebene Gespräche mit den verfeindeten Parteien) wurde ein Ausweg gefunden und die beiden stärksten Parteien sind nun in einer Koalitionsregierung.

Für die Wirtschaft und die Bevölkerung Kenias hatten diese Auseinandersetzungen katastrophale Folgen. Der Tourismus, eine der Haupteinnahmequellen des Landes, stagniert seitdem und die Arbeitslosigkeit liegt bei 60 %.

Angesichts der für uns Europäer unfassbaren Lebensbedingungen für viele Menschen in Kenia wurde mir wieder bewusst, wie wichtig Demokratie und Rechtsstaatlichkeit als Grundvoraussetzungen für nachhaltige Entwicklung sind. Um den gewaltigen politischen Problemen und Herausforderungen zu begegnen braucht Afrika verstärkt unsere Solidarität und Unterstützung.

Projektmanagement-Team. Dem Engagement aller Beteiligten ist es zu verdanken, dass eine **positive Bilanz der vergangenen zwei Projektjahre** gezogen werden kann.

In **acht Newslettern**, die während der Projektlaufzeit im österreichischen Parlament verteilt wurden, auf einer **Projekt-homepage**, sowie in und durch verschiedenste **Veranstaltungen** ist es gelungen, über wichtige Aspekte zentraler entwicklungspolitischer Themen zu informieren und auf deren Relevanz nicht nur für die Partnerländer des Südens, sondern auch für Österreich als Geberland hinzuweisen. Bei den Abgeordneten und MitarbeiterInnen des österreichischen Parlaments wurde einerseits Interesse an einem breiten Spektrum von Inhalten der Entwicklungspolitik und der Entwicklungszusammenarbeit geweckt, und andererseits die Bereitschaft erhöht, sich für einen lebendigen Nord-Süd Dialog einzusetzen.

Friede, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sind Grundvoraussetzungen für jede soziale und wirtschaftliche Entwicklung. In Mosambik, in dem bis 1992 ein verheerender Bürgerkrieg herrschte, sind diese Werte noch junge Errungenschaften, die es zu festigen gilt. Ein funktionierender und aktiver Parlamentarismus spielt in diesem Prozess eine wesentliche Rolle. **Die Stärkung des Parlaments durch die Unterstützung der Abgeordneten und MitarbeiterInnen stellt ein zentrales Anliegen des Parlamentarischen Nord-Süd Dialogs dar.**

In den vergangenen zwei Jahren konnte das mosambikanische Parlament technisch-infrastrukturell durch die Bereitstellung von 50 Laptops unterstützt werden. Zudem gelang es durch **Delegationsreisen, Treffen auf internationalen Konferenzen und persönliche und schriftliche Kommunikation** den Dialog zwischen österreichischen und mo-

sambikanischen ParlamentarierInnen zu initiieren. Der Austausch von Informationen, Erfahrungen und Wissen ist dabei für beide Seiten wichtig und bereichernd. Er fördert das Verständnis von Problemen und Herausforderungen, das für eine nachhaltige Demokratisierung und Entwicklung der Partnerländer im Süden unabdingbar ist.

In seinen Aktivitäten korrespondiert der Parlamentarische Nord-Süd Dialog mit den Zielsetzungen von **AWEPA**, einer 1984 gegründeten Organisation in der sich europäische ParlamentarierInnen für die Stärkung von Demokratie über den Parlamentarismus in den afrikanischen Nationalstaaten einsetzen. Durch den Aufbau regionaler Kooperationen, Investitionen in Konfliktprävention und friedensbildende Maßnahmen, sowie der Entwicklung von Humankapital wird der Prozess von **Good Governance** gefördert. Es ist ein erfreuliches Resultat des Dialog-Projektes, dass die österreichische AWEPA-Sektion auf **47 Mitglieder** angewachsen ist.

Nicht nur dieser Trend, sondern auch alle anderen positiven Implikationen der bisherigen Projektarbeit sollen in den kommenden zwei Jahren fortgesetzt werden.

### Die parlamentarische Dimension der Entwicklungszusammenarbeit stärken

Im Rahmen der EU-Afrika *Joint Strategy* sind Parlamente des Nordens und des Südens aufgefordert, sich um ein **partnerschaftliches Verhältnis** zu bemühen und **demokratische Regierungsführung** sowie **Good Governance** weiter auszubauen.


Im Oktober 2007 wurde durch eine Delegationsreise österreichischer Abgeordneter der offizielle Dialog mit den KollegInnen aus Mosambik gestartet,



MitarbeiterInnen des AWEPA Büros in Maputo



Österreichische Delegation im mosambikanischen Parlament (Oktober 2007)

Ihre  
  
NR a. D. Inge Jäger



AWEPA Konferenz in Kapstadt  
(Mai 2006)

Veranstaltung „Parlamente im Fokus  
der Entwicklungspolitik“ (Februar 2007)

Informationsgespräch zur Umsetzung von Politikkohärenz in  
Österreich (März 2008)

und durch ein Treffen mit dem mosambikanischen Parlamentspräsidenten im Rahmen der IPU-Konferenz in Kapstadt im April 2008 weiter vertieft. In den nächsten zwei Jahren soll die Zusammenarbeit zwischen den beiden Parlamenten durch intensivierten Austausch auf technischer und politischer Ebene weiter ausgebaut werden. Auf beiden Seiten gibt es großes Interesse an dieser Arbeit.

ParlamentarierInnen im Süden nehmen eine **prominente Rolle bei der Durchsetzung von wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und sozialen Reformen** ein. Doch auch in den Geberländern haben ParlamentarierInnen eine **besondere Verantwortlichkeit bei der Definition und Umsetzung entwicklungspolitischer Prioritäten**.

Ich wünsche mir, dass es uns gemeinsam mit dem Projekt des Parlamentarischen Nord-Süd Dialogs gelingt, die an uns gestellten Herausforderungen durch das Engagement vieler interessierter ParlamentarierInnen zu meistern.

**Barbara Prammer**  
Nationalratspräsidentin  
(XXIII. Legislaturperiode)

### Über die Tagespolitik hinaus

Es gibt Themen, die der tagespolitischen Auseinandersetzung entzogen sein sollten, weil über sie Konsens herrscht. Die **Notwendigkeit der Entwicklungszusammenarbeit** und in diesem Zusammen-

hang die **Erreichung der UN-Millenniumsziele** sind derartige Materien, weil der Kampf gegen Armut, Krankheit und Ungerechtigkeit allen Abgeordneten ein gemeinsames Ziel sein sollte. Denn schließlich sind sie es, die als AkteurInnen eine wichtige Rolle bei der Umsetzung der Millenniumsziele einnehmen. Gleichzeitig sind die Abgeordneten gefordert, dafür zu sorgen, dass das Thema Entwicklungszusammenarbeit auf der Agenda bleibt und in der europäischen Öffentlichkeit als wichtig wahrgenommen wird. Verbündete in diesem Zusammenhang sind AWEPA und der Parlamentarische Nord-Süd-Dialog, die etwa Programme zur Stärkung der Leistungs- und Funktionsfähigkeit von afrikanischen Parlamenten, Parlamentsmitgliedern und MitarbeiterInnen anbieten.

Wichtig ist, dass die **Zusammenarbeit zwischen afrikanischen und europäischen Parlamenten im partnerschaftlichen Dialog** erfolgt, wie dies auch im 2005 vorgelegten Strategiepapier der EU festgelegt ist. Nur so können wir dem ehrgeizigen Vorhaben der Erreichung der Millenniumsziele näher kommen.

**Michael Spindelegger**  
Zweiter Nationalratspräsident  
(XXIII. Legislaturperiode)

### Die Partnerschaft hat erst begonnen

Bei der im Dezember 2007 beim EU-Afrika-Gipfel beschlossenen *Joint Strategy*

soll es nicht nur um eine Kooperation auf technischer oder Regierungsebene gehen. Die Parlamente sind dabei ebenso gefordert wie auch die Zivilgesellschaft. Denn eine **kohärente und effektive, partnerschaftlich orientierte** (Entwicklungs-)Zusammenarbeit braucht nicht nur **politische und finanzielle Unterstützung**, sondern auch **Kontrolle**.

Dafür wiederum braucht es kritische Medien, eine aktive Zivilgesellschaft und ein arbeitsfähiges Parlament. Gerade vor dem Hintergrund steigender direkter Budgetbeiträge an Partnerländer in Afrika wird dies umso wichtiger.

Der seit zwei Jahren bestehende Parlamentarische Nord-Süd Dialog erfüllt vor diesem Hintergrund eine wichtige Funktion: Einerseits sensibilisiert er im österreichischen Parlament für entwicklungspolitische Zusammenhänge. Andererseits wird durch den Dialog versucht, die Arbeit im mosambikanischen Parlament zu unterstützen.

Die **Zusammenarbeit mit unseren mosambikanischen PartnerInnen** hat erst begonnen. Im österreichischen Parlament gilt es noch viel an **entwicklungspolitischer Überzeugungsarbeit** zu leisten. Umso mehr freut es mich daher, dass der Parlamentarische Nord-Süd Dialog weiter gehen wird. Ich wünsche dem Projekt weiterhin viel Erfolg!

**Eva Glawischnig-Piesczek**  
Dritte Nationalratspräsidentin  
(XXIII. Legislaturperiode)



Veranstaltung „Politikkohärenz – vom entwicklungspolitischen Anspruch hin zu Umsetzungsstrategien“ (November 2007)

Veranstaltung „Entwicklung braucht Kultur – Kultur braucht Entwicklung“ (Jänner 2008)

Fair Trade Verkaufsausstellung im Parlament (März 2007)

Delegationstreffen in Kapstadt (April 2008)

## POLITIKKOHÄRENZ IM INTERESSE DER ENTWICKLUNG

### Ein Leitfaden zu Policy Coherence for Development

Fragen der Politikkohärenz, also des Erkennens der Dialektik zwischen Entwicklung im Süden und legislativen Maßnahmen im Norden, stellen einen Schwerpunkt des Parlamentarischen Nord-Süd-Dialog-Projektes dar. Europäische und/oder österreichische Handels-, Agrar- oder Umweltpolitik kann negative soziale, wirtschaftliche und politische Auswirkungen auf Staaten und Menschen im Süden haben. ParlamentarierInnen spielen in ihrer legislativen Funktion eine wichtige Rolle hinsichtlich einer kohärenten Politik im Interesse der Entwicklung (Policy Coherence for Development, PCD). Die Broschüre wurde vom Projektteam mit der Unterstützung von AutorInnen aus relevanten Politik- und NRO Bereichen erstellt, und bietet einen Überblick sowie Umsetzungshinweise zu PCD. Sie richtet sich vorwiegend, wenn auch nicht ausschließlich, an österreichische Abgeordnete.



## Der Dialog geht weiter!

Mit der Fortsetzung des Parlamentarischen Nord-Süd Dialogs in den nächsten zwei Jahren (Juli 2008 bis Juni 2010) wird dem Wunsch aller Beteiligten nachgekommen, die bisherige Arbeit und Kooperation, basierend auf den Erfahrungen der ersten zwei Jahre, weiter zu verfolgen und die entstandene Partnerschaft zu intensivieren. In diesem Sinne werden Projekthinhalte, die sich im Rahmen der Zielsetzung bewährt haben, weiter fortgeführt bzw. ausgebaut, aber auch neue Schwerpunkte integriert, die für die Weiterentwicklung des Projektes förderlich sind.

Strukturelle Veränderungen von Verhaltensweisen und in Institutionen benötigen Zeit, um zu einem etablierten Bestandteil einer gelebten Kultur zu werden. Während der kommenden zwei Jahre gilt es daher, den Dialog zu institutionalisieren und eine interparlamentarische Zusammenarbeit zu etablieren. Diese Zielsetzung ist definiert als Förderung von entwicklungspolitischer Bil-

dung und interparlamentarischer Zusammenarbeit in Österreich und Mosambik durch eine Institutionalisierung des Nord-Süd Dialoges.

Das Projekt setzt in diesem Zusammenhang vier Schwerpunkte:

- Forcierung der Verbreitung entwicklungspolitischer Information im österreichischen Parlament durch die Abhaltung von Veranstaltungen, der regelmäßigen Erstellung eines Newsletter sowie durch eine Website.
- Intensivierung der Partnerschaft zwischen dem österreichischen und mosambikanischen Parlament.
- Realisierung der, im Rahmen der Partnerschaft vereinbarten, Projekte.
- Stärkung der AWEPA-Sektion im österreichischen Parlament.

Die Projektaktivitäten in Mosambik basieren auf einer *Priority List*, die vom mosambikanischen Parlament im Rahmen einer Delegationsreise österreichischer

ParlamentarierInnen, Mitgliedern des Beirats und Projektmitarbeiterinnen im Herbst 2007 erstellt wurde. Sie beinhalten ein Austauschprogramm von MitarbeiterInnen, Arbeitstreffen von Abgeordneten zu ausgewählten Themen sowie finanzielle Unterstützung im Bereich des Ankaufs von IT-Ausstattung. Der überparteiliche Projektbeirat wird weiterhin über die konkreten Projekthinhalte und -aktivitäten entscheiden und somit die strategischen Rahmenbedingungen festlegen. Das Projekt wird von der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit und dem Land Oberösterreich finanziert und von der Gemeinnützigen Entwicklungszusammenarbeit GmbH (GEZA) durchgeführt.

*Projektverantwortliche:*

**Mag.<sup>a</sup> Jutta Kepplinger**, Projektleiterin  
**Dr.<sup>in</sup> Ingrid Pranger**, Projektreferentin  
**NRa. D. Inge Jäger**, Projektkonsulentin, ehemalige Vorsitzende des entwicklungspolitischen Unterausschusses

# HIV/AIDS – Kinder und Jugendliche im Brennpunkt

Noch immer infizieren sich täglich tausende Menschen auf der ganzen Welt mit HIV. Während die Auswirkungen dieser Infektion in den Industrieländern mithilfe adäquater, leistbarer Medikamente im Rahmen eines entsprechenden Sozialsystems abgedeckt werden, ist eine HIV-Infizierung in den ärmsten Ländern der Welt, die gleichzeitig am stärksten von HIV/AIDS betroffen sind, vielfach noch immer gleichbedeutend mit einem Todesurteil.

Besonders drastisch ist die **steigende Zahl an infizierten Kindern und Jugendlichen**. Laut UNICEF werden täglich an die **1.800 Kinder** mit dem HI-Virus infiziert, großteils durch Übertragung im Mutterleib oder über die Muttermilch. **50 % dieser Kinder sterben vor ihrem zweiten Geburtstag**.

Kinder sind nicht nur durch die eigene Erkrankung betroffen. Alleine zwischen 2001 und 2003 erhöhte sich die Zahl der **Aidswaisen** um 30 % auf **15 Millionen (12 Millionen davon in Afrika)**, mit steigender Tendenz. Mit 25,4 Millionen infizierten Menschen ist das Südliche Afrika die am stärksten betroffene Region mit der höchsten Infektionsrate bei Kindern und den meisten Aidswaisen. (Siehe UNICEF Broschüre: „Kinder und HIV“\*)

Die Auswirkungen von HIV/AIDS auf Kinder und Jugendliche sind schon bei Ausbruch der Krankheit bei den Eltern dramatisch: Durch ihre gesundheitliche Beeinträchtigung sind diese nicht mehr in der Lage zu arbeiten oder die Felder zu bewirtschaften. Die **Kinder müssen vermehrt die Pflichten der Erwachsenen übernehmen** und sind so schon in jungen Jahren für **das Überleben ihrer Familie mitverantwortlich**. Ein enormer Druck, der sich nach einem Ableben der Eltern oft noch erhöht.

Auch wenn Verwandte sie versorgen, sind AIDS-Waisen benachteiligt. Sie erhalten oft weniger zu essen und werden schlechter medizinisch betreut als Kinder. Der Schulbesuch, Grundstein für einen Ausweg aus der sozialen Not, ist vielen AIDS-Waisen versperrt, da einerseits das Geld für Bücher und Schulgebühren fehlt und sie zudem zu Hause mitarbeiten oder bei der Betreuung der kleineren Geschwister helfen müssen. Viele Kinder sind Erbstreitigkeiten durch entfernte Verwandte ausgesetzt und bei Mädchen kommt die Gefahr der sexuellen Ausbeutung erschwerend hinzu.

Die Auswirkungen beschränken sich aber nicht nur auf die einzelnen Familien oder die Dorfgemeinschaft.

In einigen Ländern **beeinträchtigt HIV/AIDS** bereits massiv **das Arbeitskräftepotential**. Staatsbedienstete, Lehrer und auch medizinisches Personal sterben an AIDS, die Folgen daraus treffen wiederum besonders die jüngere Generation. Das Steueraufkommen wird geschwächt und somit auch die öffentlichen Ausgaben für Bildung und Gesundheit.

Die ohnehin fragilen Gesundheits- und Sozialsysteme der Länder sind den auf sie zukommenden Herausforderungen kaum gewachsen. Es fehlt an spezifischen kindgerechten Medikamenten, an ausgebildetem medizinischem Personal und an Geld für Aufklärungskampagnen und Gratisbehandlungen.

UNICEF hat aus diesem Grund seine Programme für von HIV/AIDS betroffene Kinder massiv verstärkt. Die 2005 gestartete Kampagne **„A call to action – Children, the missing face of AIDS“** fokussiert auf 4 Bereiche, die im Zusammenhang mit der Übertragung von HIV auf Kinder und Jugendliche besondere Bedeutung haben.

Die 4 „P’s“:

- **Preventing Mother to Child Transmission – Prävention von Mutter-Kind-Übertragung**



Abb. rechts:  
HIV Aufklärung  
durch Straßen-  
theater der Jugend-  
gruppe des Rötten  
Kreuz Catembe  
(Mosambik)

Abb. rechts außen:  
Caritas Day Care  
Center für Aidswai-  
sen in Namaacha  
und Impamputo  
(Mosambik)

Fotos: Jutta  
Kepplinger und  
Martin Wasserer

- Providing Paediatric HIV Care and Treatment – Medizinische Versorgung für HIV infizierte Kinder
- Preventing Infection Among Adolescents And Young People – HIV/AIDS Prävention und Aufklärungsarbeit bei Jugendlichen
- Protecting and Supporting Children Affected by AIDS – Schutz und Betreuung für von HIV/AIDS betroffene Kinder

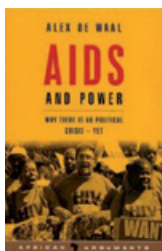
Ziel dieser Kampagne ist es auch politische EntscheidungsträgerInnen zum Kampf gegen AIDS zu mobilisieren.

AWEPA (Association of European Parliamentarians for Africa) unterstützt die Kampagne von UNICEF von Beginn an aktiv durch die Abhaltung von spezifischen Seminaren für Abgeordnete aus Afrika und Europa in denen Handlungsstrategien für die gewählten VolksvertreterInnen entwickelt und diskutiert werden.

Aus diesem Grund findet am 21. November von 10:00 bis 16:00 Uhr auch im österreichischen Parlament ein gemeinsames Seminar des Parlamentarischen Nord-Süd Dialoges, UNICEF und AWEPA statt, in dem neben der

Präsentation der UNICEF-Kampagne auch die Rolle der ParlamentarierInnen im Norden und im Süden zur erfolgreichen Durchsetzung der Strategien diskutiert und *Best Practice* Beispiele besprochen werden. Der Parlamentarische Nord-Süd Dialog lädt alle MandatarInnen sowie die MitarbeiterInnen des österreichischen Parlaments zu dieser Veranstaltung ein.

\*UNICEF (Hrsg.): „Kinder und HIV/AIDS“, 2005, <http://www.unicef.at/fileadmin/medien/pdf/report.pdf> (26.08.2008)



Alex de Waal  
*AIDS and Power: Why there is no Political Crisis - Yet*  
176 Seiten, Zed Books, Englisch

Why, twenty years into the crisis, are democratic governments performing so poorly in tackling AIDS in Africa? De Waal argues that existing approaches are driven by interests and frameworks that fail to engage with African societies' resilience and creativity. Already, African communities have confounded some of the worst predictions of disaster. If adequately supported, they will find ways of sustaining development and democracy in the midst of HIV/AIDS.

## Follow-up der *Paris Declaration* – Parlamente fordern mehr Mitsprache

Die 2005 verabschiedete *Paris Declaration on Aid Effectiveness* (Pariser Erklärung zur Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit) stellt eine bedeutende Vereinbarung innerhalb der internationalen Entwicklungszusammenarbeit (EZA) dar, denn in ihr wird der Paradigmenwechsel der Entwicklungspolitik untermauert, der Ende des vergangenen Jahrhunderts eingesetzt hat. Sowohl Geber- als auch Partnerländer arbeiteten gemeinsam Ansätze zu einer *Effektivitätssteigerung bi- und multilateraler Entwicklungshilfe* aus und konkretisierten diese in Handlungsaufforderungen an alle Beteiligten.

In den *fünf Prinzipien der Deklaration* spiegeln sich zugleich die Versäumnisse der Vergangenheit als auch die Notwendigkeiten der Zukunft in Bezug auf eine nachhaltige sozioökonomische Entwicklung der Länder des Südens wider.

Erste Evaluationen der *Paris Declaration* weisen jedoch in den überwiegenden Bereichen auf *mäßige Erfolge* hin. In einem Fortschrittsbericht, der für das *3. High Level Forum on Aid Effectiveness in Accra, Ghana* (2-4 September 2008; organisiert von der OECD und der Weltbank), erstellt wurde, wurden u. a. die *mangelnde Unterstützung* der ein-

zelnen Maßnahmen *seitens der Politik*, sowie die *unzureichende Einbindung von gesellschaftlichen und politischen AkteurInnen* außerhalb von Regierungen und offiziellen Geberinstitutionen angeführt.

Die *inadäquate Einbeziehung der Parlamente* in den Prozess der Effektivitätssteigerung der EZA wird von ParlamentarierInnen des Nordens und Südens als großes Manko der *Paris Declaration* kritisiert.

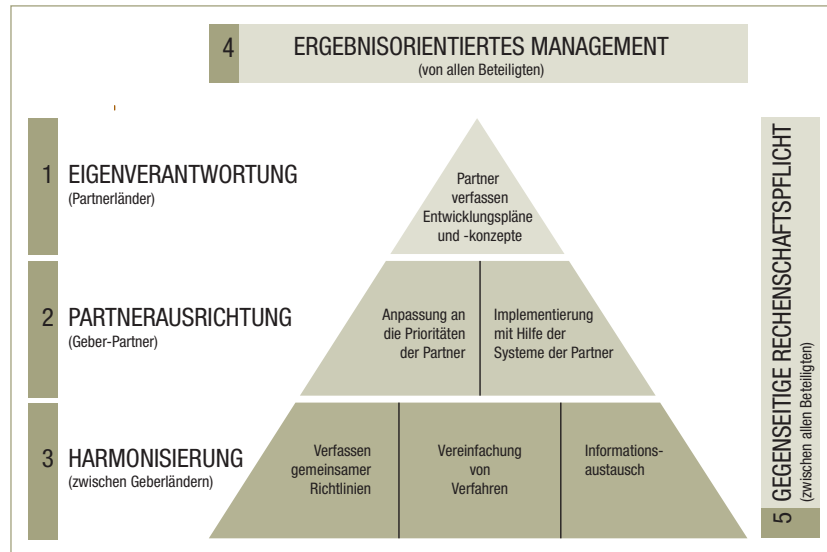
Im *AWEPA Forum on Sustainable Development and Aid Effectiveness* in Nairobi,

**Kenia** (26-28 August 2008) stellten die TeilnehmerInnen fest, dass die jeweiligen nationalen Parlamente die grundlegenden demokratischen Institutionen eines Staates darstellen und somit Herzstück gegenseitiger Kontrolle und öffentlicher Rechenschaftspflicht sind. In dieser Funktion ist es eine essentielle Verantwortung der Parlamente sowohl in den Geber- als auch Partnerländern alle Leistungen der EZA zu überwachen.

Unter diesen Prämissen wurden verschiedene **Forderungen bzw. Vorschläge** an das *3. High Level Forum* in Accra und an die Geber- und Partnerländer herangetragen, die im Wesentlichen auf eine **stärkere Involvierung und zentralere Rolle der Parlamente im Rahmen der verschiedenen Maßnahmen der Paris Declaration** abzielen.

- Zu den Hauptanliegen des **17-Punkte Papiers** zählen, dass
- ein Indikator hinsichtlich „Kontrolle durch Parlamente“ den bisherigen Monitoring-Indikatoren der *Paris Declaration* hinzugefügt wird;
  - die Gleichstellung der Geschlechter umfassender integriert und ebenfalls als ein Indikator aufgenommen wird;
  - Teams bestehend aus ParlamentarierInnen der Geber- und Partnerländer gemeinsam Beurteilungen hinsichtlich Einsatz und Effektivität von Entwicklungshilfe erstellen;
  - die Regierungen der Geberländer/ Partnerländer dazu verpflichtet werden, ihren jeweiligen Parlamenten jährlich detaillierte Informationen über alle gegebenen/empfangenen EZA-Leistungen darzulegen;
  - ParlamentarierInnen ihre Verantwortung hinsichtlich der Verabschiedung von Budgets effizient wahrnehmen und die ausgegebenen bzw. empfangenen EZA-Leistungen überwachen;
  - Parlamente und ParlamentarierInnen in jenen Bereichen unterstützt und geschult werden, die für die Ausübung ihrer Pflichten essentiell sind (dies inkludiert v. a. die Bereitstellung von technischer Expertise durch die Geberländer).

Die *Accra Agenda for Action*, die von den Delegierten in Ghana verabschiedet wurde, enthält Verfeinerungen der bis-



Die Prinzipien der *Paris Declaration*

(adaptiert nach General Presentation; [www.accrahlf.net](http://www.accrahlf.net))

herigen Zielsetzungen und Handlungsmaximen, die die Implementierung der *Paris Declaration* beschleunigen und effektiver gestalten sollen.

Die **Eigenverantwortung der Partnerländer** wird darin als **Schlüssel zum Erfolg** bezeichnet. Regierungen sollen ihre Führungsrolle bei der Erstellung und Implementierung ihrer jeweiligen nationalen Entwicklungskonzepte in **verstärkter Kooperation mit den Parlamenten, lokalen Gremien, Organisationen der Zivilgesellschaft, der Wissenschaft, dem Privatsektor und den Medien** wahrnehmen. Geberländer sollen die **gesetzten Prioritäten akzeptieren** und in die **Stärkung von Kapazitäten** investieren, denn die relevanten Systeme, Institutionen und Experten sind in vielen Partnerländern oftmals schwach ausgebildet.

Die **Rolle der Parlamente als Kontrollinstanz und als Organ, das das Prinzip**

**der Rechenschaftspflicht gegenüber den SteuerzahlerInnen bzw. den EmpfängerInnen von Leistungen der EZA verwirklichen soll**, wird besonders hervorgehoben.

Parlamenten kommt demnach in der *Accra Agenda for Action* wesentlich mehr Bedeutung zu. Generell ist ein politischer Wille unabdingbar, um baldmöglichst greifbare Resultate vorweisen zu können. ParlamentarierInnen und andere politische AkteurInnen sind dazu aufgerufen, die Zielsetzungen der EZA pro-aktiv zu verfolgen. Dabei ist vor allem auch das Thema **Kohärenz** zu berücksichtigen, denn entwicklungspolitische Ziele können nur erreicht werden, wenn sie durch andere Politikbereiche unterstützt werden.



TeilnehmerInnen des AWEPAs Forums on Sustainable Development and Aid Effectiveness in Nairobi.

Foto: Inge Jäger

## AWEPA – Parliamentary Forum on Sustainable Development and Aid Effectiveness

Nairobi, Kenia, 26. bis 28. August 2008

Auf Einladung von AWEPA und der Afrikanischen Union trafen sich Ende August 2008 rund 150 Abgeordnete aus 14 afrikanischen sowie 14 europäischen Ländern und Japan in Nairobi, um die Themen „Nachhaltige Entwicklung und effiziente Entwicklungszusammenarbeit“ zu diskutieren und gemeinsame Strategien und Maßnahmen zu beschließen. Die Zielsetzungen des Forums in Nairobi waren die Stärkung des Dialogs zwischen den ParlamentarierInnen und des Engagements hinsichtlich der globalen Verantwortung zur nachhaltigen Entwicklung, Armutsreduktion und *Aid Effectiveness*.

Im Mittelpunkt der Konferenz standen vier thematische Schwerpunkte:

- Klimawandel
- Wirtschaftsentwicklung und Ernährungssicherheit
- Menschenwürdige Lebensbedingungen – Perspektiven der armen Bevölkerung im ländlichen und städtischen Umfeld
- Einbeziehung der Parlamente im Bereich Entwicklungszusammenarbeit, speziell in Bezug auf die „Paris Declaration on Aid Effectiveness“ und der aktuellen Afrika-EU Strategie

Die globale Erwärmung stellt eine der größten Herausforderungen für die Menschheit dar. Bis zum Jahr 2050 wird von Wissenschaftlern die Reduktion der landwirtschaftlichen Anbaugebiete in Afrika um 40 % prognostiziert. Die Ernährungssicherung der Menschen in Afrika ist stark verknüpft mit dem Thema Klimawandel und ernsthafte Anstrengungen, auch von der internationalen Gemeinschaft, müssen deshalb verstärkt werden.

Die Delegierten beschlossen einen gemeinsamen Aktionsplan um die Effekte des Klimawandels in Afrika abzumildern zu können. In diesem Zusammenhang fordern die afrikanischen Abgeordneten mehr Einfluss und Information im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit, sowie der parlamentarischen Kontrolle bei der internationalen Budget- und Entwicklungshilfe für afrikanische Länder. Es wurde ein Forderungskatalog ausgearbeitet und beschlossen, der beim „3. High Level Forum on Aid Effectiveness“ in Accra vorgelegt wurde.

Gerade im Hinblick auf die Erreichung der Millenniumsziele ist die Einbindung der ParlamentarierInnen absolut notwendig. Es muss auch im Interesse der europäischen EZA sein, dass die finanziellen Zuwendungen effizient kontrolliert werden und die Mittel dort eingesetzt werden, wo sie benötigt werden.

## Veranstaltungshinweis und Einladung

Parlamentarischer Nord-Süd Dialog in Kooperation mit UNICEF und AWEPA

UNICEF FÜR KINDER  
UNICEF GEGEN AIDS

HIV/AIDS and Vulnerable Children – A call to parliamentary action

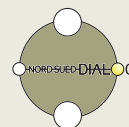
Im Fokus des Seminars steht die Rolle der Parlamente im Norden und Süden in Bezug auf die Schaffung von Rahmenbedingungen zum Schutz von Kindern und Familien, die von HIV/AIDS betroffen sind. Als ReferentInnen sind ExpertInnen von UNICEF, AWEPA, NROs sowie Abgeordnete aus europäischen und afrikanischen Parlamenten eingeladen.

Freitag, 21. November 2008, 10 – 16 Uhr, Palais Epstein

[www.nordsued-dialog.org](http://www.nordsued-dialog.org)

Besuchen Sie unsere Website!

Dort finden Sie detaillierte Informationen zum Projekt und zu den hier behandelten Themen.



Gefördert durch **Österreichische  
Entwicklungszusammenarbeit**



Gemeinnützige Entwicklungszusammenarbeit GmbH (GEZA)  
Hollergasse 2-6 | A-1150 Wien | Österreich | FN294642Y HG Wien  
Tel: +43 (0) 1 89 145-343  
office@nordsued-dialog.org | [www.nordsued-dialog.org](http://www.nordsued-dialog.org)  
Bankverbindung: Erste Bank | Konto 288-153-485/00 | BLZ 20 111

Redaktion: Ingrid Pranger, Jutta Kepplinger, Inge Jäger  
Layout/Satz: kest – strategie, kommunikation, design. Linz | [www.kest.net](http://www.kest.net)  
Druck: Direkta Druck, Linz | [www.direkta.at](http://www.direkta.at)

Dieses Dokument wurde mit finanzieller Unterstützung der Österreichischen Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit erstellt. Die darin vertretenen Standpunkte geben die Ansicht der Redakteurinnen und AutorInnen wieder und stellen somit nicht die offizielle Meinung der Österreichischen Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit dar. Dieser Newsletter wird in der Projektlaufzeit (Juli 2008 bis Juni 2010) insgesamt achtmal herausgegeben.



INSTITUT FÜR ENTWICKLUNGSPOLITIK UND FÖRDERUNG  
**IUF.EU**

**Renner** Institut

**MODERNPOLITICS**  
POLITISCHE AKADEMIE DER ÖVP

Freiheitliche  
**Akademie**  
Das Bildungswerk

die grüne  
bildungs-  
werkstatt

**ZUKUNFTS  
AKADEMIE  
ÖSTERREICH**